

# Amtes Kreis-Blatt

für den

## Unterlahn-Kreis.

Amtes Blatt für die Bekanntmachungen des Landratsamtes und des Kreis Ausschusses.  
Tägliche Beilage zur Diezer und Emser Zeitung.

Preise der Anzeigen:  
Die einspaltige Zeile oder deren Raum 20 Pfg.,  
Reklamezeile 50 Pfg.

Ausgabestellen:  
In Diez: Rosenstraße 36.  
In Bad Ems: Römerstraße 95.

Druck und Verlag von H. Chr. Sommer,  
Diez und Bad Ems.  
Verantw. f. d. Schriftl. R. d. Hein, Bad Ems

Nr. 253

Diez, Donnerstag den 1. November 1917

57. Jahrgang

### Amtes Teil

#### Bekanntmachung,

betreffend Meldepflicht für gewerbliche Verbraucher von Kohle, Koks und Brisketts über 10 t monatlich im November 1917.

Auf Grund der §§ 1, 2, 6 der Verordnung des Bundesrats über Regelung des Verkehrs mit Kohle vom 24. Februar 1917 (R.-G.-Bl. S. 167) und der §§ 1 und 7 der Bekanntmachung des Reichskanzlers über die Bestellung eines Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 28. Februar 1917 (R.-G.-Bl. S. 193) und unter Abänderung der Bekanntmachung, betr. Meldepflicht für gewerbliche Verbraucher von Kohle, Koks und Brisketts, vom 17. Juni 1917 (Reichsanzeiger Nr. 145) wird bestimmt:

##### § 1. Zeitpunkt der Meldung.

Meldungen über Kohlenverbrauch und -bedarf sind in der Zeit vom 1. bis 5. November erneut zu erstatten.

##### § 2. Meldepflichtige Personen.

1. Zur Meldung verpflichtet sind alle gewerblichen Verbraucher (natürliche und juristische Personen), welche im Jahresdurchschnitt oder bei nicht dauernd arbeitenden Betrieben im Durchschnitt der Betriebsmonate mindestens 10 Tonnen (1 Tonne = 1000 kg. = 20 Ztr.) monatlich verbrauchen, gleichgültig, ob sie die Brennstoffe per Bahn, Schiff oder im Landabsatz beziehen. Auch das Reich, einschließlich der Heeres- und Marineverwaltung, die Bundesstaaten, Kommunen, öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Verbände sind für ihre Betriebe (z. B. Gewerkschaften, Werften, Wasserwerke, Straßenbahnen) meldepflichtig.

2. Der Meldepflicht unterliegen nicht, und zwar ohne Rücksicht auf die Höhe des Verbrauchs:

- a) die Staatseisenbahn;
- b) die Kaiserliche Marine für ihre Bunkerkohlen;
- c) die Heeresbetriebe, soweit der Bedarf durch Intendanturen beschafft wird;
- d) die Gaswerke;
- e) Schiffsbefitzer für ihren Bedarf an Bunkerkohle sowie für die zur Heizung der Schiffsräume bestimmte Kohle;
- f) Zechenbesitzer, soweit sie selbst erzeugte Kohlen, Koks und Brisketts zur Aufrechterhaltung ihres Grubenbetriebes (Zechen selbstverbrauch) oder zum Betriebe eigener Kokerien (mit oder ohne Nebenproduktanlagen), Teerdistillationen, Generatorgas- und sonstige Gas-

anstalten oder Briskettfabriken verwenden (verkokeln, briskettieren), wenn diese Werke in unmittelbarem Anschluß an die demselben Zechenbesitzer gehörige Zechenanlage errichtet sind;

- g) die landwirtschaftlichen Nebenbetriebe, d. h. solche Betriebe, die in wirtschaftlichem Zusammenhang mit einem landwirtschaftlichen Betriebe von dessen Zuhaber geführt werden, soweit sie nicht Gegenstand eines selbständigen gewerblichen Unternehmens sind;
- h) Schlachthöfe, Gastwirtschaften, Gasthöfe, Badeanstalten, Warenhäuser, Ladengeschäfte, Krankenhäuser, Strafanstalten und ähnliche Betriebe, ferner Bäckereien, Schlachtereien, soweit sie dem Bedarf der in der Gemeinde wohnenden oder sich vorübergehend aufhaltenden Bevölkerung dienen.

3. Ob hiernach ein Verbraucher meldepflichtig ist, entscheidet im Zweifelsfall die für den Sitz des Betriebes zuständige Kriegsamtstelle.

##### § 3. Inhalt der Meldung.

Die Angaben haben in Tonnen = 1000 kg. zu erfolgen und sind unter genauer Adressenangabe des Lieferers oder der Liefererin nach Art (Steinkohle, Steinkohlenbrisketts, Braunkohle, Braunkohlenbrisketts, Zechenkoks und Gaskoks), Herkunft nach Gebieten der Amteslichen Verteilungsstellen, siehe § 6 (z. B. Steinkohle aus Oberschlesien, Braunkohle aus dem Gebiet rechts der Elbe usw.) und Sorten (Fett-, Mager-, Förder-, Stück-, Ruß-, Staubkohle usw.) zu trennen. Die Meldungen haben folgende Angaben zu enthalten:

- a) Bestand am Anfang des Vormonats,
- b) Zufuhr im Vormonat,
- c) Bestand zu Beginn des laufenden Monats,
- d) Verbrauch im Vormonat,
- e) Bedarf für den laufenden Monat,
- f) voraussichtlicher Bedarf für den folgenden Monat.

##### § 4. Nachprüfung der Angaben.

Der Meldepflichtige hat fortlaufend über seinen Verbrauch an Brennstoffen nach Art, Herkunftsgebiet und Sorte in solcher Weise Buch zu führen, daß eine Nachprüfung der Bestände möglich ist.

##### § 5. Meldestellen.

1. Die Meldungen sind zu erstatten:

1. an den Reichskommissar für die Kohlenverteilung in Berlin;
2. an die für den Ort der gewerblichen Niederlassung des Meldepflichtigen zuständige Kriegsamtstelle;



2. an diejenige Amtliche Verteilungsstelle, welche unter Berücksichtigung der Herkunft der meldepflichtigen Brennstoffe zuständig ist (siehe § 6). Bezieht der Meldepflichtige Brennstoffe aus den Gebieten mehrerer Amtlicher Verteilungsstellen, so sind an alle diese Amtlichen Verteilungsstellen gleichlautende Meldekarten einzusenden;

4. an den Lieferer des Meldepflichtigen. Bestellt der Meldepflichtige bei mehreren Lieferanten, so ist an jeden Lieferer eine besondere Meldekarte zu richten. Bezieht er von einem Lieferer Brennstoffe aus mehreren Herkunftsgebieten, so hat er diesem Lieferer soviel gleichlautende Karten einzureichen, wie Herkunftsgbiete in Frage kommen. Für die von einem im Auslande wohnenden Lieferer unmittelbar bezogenen böhmischen Kohlen sind die Meldekarten nicht an den ausländischen Lieferer, sondern (soweit es sich um nicht im Königreich Bayern gelegene Betriebe handelt) an den Kohlenausgleich Dresden (siehe § 6, Ziffer 7) zu senden, und zwar mit der Aufschrift: „Auslandskohle“. Für Betriebe, die im Königreich Bayern liegen, sind diese Meldekarten an die für ihren Bezirk zuständige Kriegsamtstelle bzw. Kriegsamtnebenstelle zu senden, und zwar mit derselben Aufschrift:

II. Sämtliche Meldekarten sind gleichlautend auszufüllen.

III. Für Gaskoks, für böhmische nach Bayern eingeführte Kohle, sowie für die im rechtsrheinischen Bayern, in den Revieren Idendüren, Parsinghausen, Obernkirchen und in den sonstigen in der Nähe des Deisters gelegenen Zechen geförderte Kohle fallen die unter Abs. I, Ziffer 3 genannten, an die Amtlichen Verteilungsstellen zu richtenden Meldekarten fort.

#### § 6. Amtliche Verteilungsstellen.

Amtliche Verteilungsstellen sind:

1. Für Steinkohle\*) aus Ober- und Niederschlesien:  
Amtliche Verteilungsstelle für schlesische Steinkohle in Berlin W. 8, Unter den Linden 32.
2. Für rheinisch-westfälische Steinkohle\*):  
Das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat in Essen.
3. Für Steinkohle\*) aus dem Aachener Revier:  
Amtliche Verteilungsstelle für die Steinkohlengruben des Aachener Reviers in Kohlscheid (Bez. Aachen).
4. Für Steinkohle\*) aus dem Saarrevier, Lothringen und der bayerischen Pfalz:  
Amtliche Verteilungsstelle für das Saarrevier in Saarbrücken 2 (Königliche Bergwerksdirektion).
5. Für Braunkohle\*) aus dem Gebiet rechts der Elbe:  
Amtliche Verteilungsstelle für die Braunkohlenwerke rechts der Elbe in Berlin NW. 7, Reichstagsufer 10.
6. Für mitteldeutsche Braunkohle\*) (links der Elbe) mit Ausnahme der unter 7 genannten:  
Amtliche Verteilungsstelle für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau in Halle a. S., Landwehrstr. 2.
7. Für Braunkohle\*) aus dem Königreich Sachsen (links der Elbe und dem Herzogtum Sachsen-Altenburg, sowie für böhmische nach Deutschland (außer Bayern) eingeführte Kohle und für sächsische Steinkohle\*\*):  
Kohlenausgleich Dresden, Vienenkommandantur E, Dresden.
8. Für rheinische Braunkohle\*), Braunkohle\*) der Grube Gustav bei Dettingen und Braunkohle\*) aus dem Dillkreis, dem Westerwald und dem Großherzogtum Hessen:  
Amtliche Verteilungsstelle für den rheinischen Braunkohlenbergbau in Köln, Unter Sachsenhausen 5/7.

\*) Auch Steinkohlenbriketts, Schlammkohle und Koks.

\*\*) Auch Steinkohlenbriketts und Koks.

†) Auch Braunkohlenbriketts, Nahporkstein und Grubekohle.

#### § 7. Art der Meldung.

1. Die Meldungen, die mit Namensunterschrift (Firmenunterschrift) des Meldepflichtigen versehen sein müssen, dürfen nur auf den amtlichen, für November bestimmten Meldekarten mit blauem Druck erstattet werden, die jeder Meldepflichtige bei der zuständigen Ortskohlenstelle, beim Fehlen einer solchen bei der zuständigen Kriegswirtschafts-

stelle, wenn auch diese fehlt, bei der zuständigen Kriegsamtstelle, gegen eine Gebühr von Mk. —,15 für vier zusammenhängende Karten beziehen kann. Auch die etwa noch weiteren erforderlichen Meldekarten (siehe § 5, 3 und 4 und § 9, 2) sind dort einzeln für Mk. 0,03 das Stück erhältlich.

2. Hat ein Meldepflichtiger Betriebe an verschiedenen Orten, so müssen für jeden Betrieb die Meldungen gesondert erfolgen.

3. Die Meldekarten enthalten eine Einteilung nach Verbrauchsgruppen. Jeder Meldepflichtige hat die für ihn in Frage kommende Verbrauchergruppe durch Durchkreuzen kenntlich zu machen. Falls ein Meldepflichtiger nach der Art seines gewerblichen Betriebes zu mehreren Verbrauchergruppen gehört, ist maßgebend, zu welcher Verbrauchergruppe der wesentlichste Teil seines Betriebes gehört. Ist ihm vom Reichskohlenkommissar eine Verbrauchergruppe angewiesen worden, so hat er diese zu durchkreuzen. Es ist unzulässig, mehrere Verbrauchergruppen zu durchkreuzen.

#### § 8. Meldung im Falle der Annahmeverweigerung der Meldekarten durch Lieferer.

Wenn ein Meldepflichtiger keinen Lieferer zur Annahme seiner Meldekarte bereit findet, so hat er neben der für den Reichskohlenkommissar für die Kohlenverteilung in Berlin bestimmten Meldekarte auch die für den Lieferer bestimmte Meldekarte dem Reichskohlenkommissar für die Kohlenverteilung in Berlin einzusenden, und zwar mit einem besonderen Begleitschreiben, in dem anzugeben ist, aus welchem Grunde die Meldekarte nicht an einen Lieferer weitergegeben werde, und welcher Lieferer vorgeschlagen wird.

#### § 9. Weitergabe der Meldungen durch die Lieferer.

1. Jeder Lieferer, dem eine Meldekarte zugegangen ist, hat sie ohne Verzug seinem eigenen Lieferer weiterzugeben, bis sie zu dem „Hauptlieferer“ gelangt. Hauptlieferer ist das liefernde Werk (Zeche, Koksanstalt, Brikettfabrik) oder wenn es einem Dritten (Verkaufsfirma oder Handelsfirma) den Alleinvertrieb seiner Produktion überlassen hat, dieser Dritte.

2. Falls ein Lieferer (Händler) die in einer Meldekarte aufgeführten Brennstoffe von mehreren Vorlieferern bezieht, so gibt er nicht die urschriftliche Meldekarte weiter, sondern verteilt deren Inhalt auf soviel Meldekarten, wie Vorlieferer in Frage kommen. Die neuen Meldekarten hat er an die einzelnen Vorlieferer weiterzugeben. Die Mengen der aufgeteilten Meldekarten dürfen zusammen nicht mehr ergeben als die der urschriftlichen Karte. Jede neue Meldekarte hat:

- a) die auf diese Karte entfallende Menge,
- b) die auf die anderen Karten verteilten Restmengen der urschriftlichen Karte mit Nennung der Lieferer zu enthalten. Die neuen Meldekarten sind mit dem Vermerk „Aufgeteilt“ und dem Namen der aufteilenden Firma zu versehen. Die urschriftliche Karte ist bis zum 1. April 1918 sorgfältig aufzubewahren.

3. Jeder Lieferer (Händler), der von einem im Auslande wohnenden Lieferer böhmische Kohlen bezieht, hat die betreffenden Meldekarten nicht an den ausländischen Lieferer, sondern falls es sich um Meldekarten handelt, die von im Königreich Bayern gelegenen Betrieben herrühren, an die für die Verbrauchsstelle zuständige Kriegsamtstelle bzw. Kriegsamtnebenstelle, andernfalls an den Kohlenausgleich Dresden zu senden. Die Karten für solche ausländischen Lieferungen sind mit der Aufschrift „Auslandskohle“ zu versehen.

#### § 10. Unzulässigkeit von Doppelmeldungen.

Meldungen derselben Bedarfsmenge bei mehreren Lieferanten sind verboten.

#### § 11. Wirkung unterlassener Meldung.

Ein Meldepflichtiger, der seiner Meldepflicht nicht genügt, hat neben der Bestrafung gemäß § 13 zu gewärtigen, daß ihn der Reichskohlenkommissar für die Kohlenverteilung oder die Amtliche Verteilungsstelle von der Belieferung ausschließt.



## § 12. Anfragen und Anträge.

Anfragen und Anträge, die diese Bekanntmachung betreffen, mit Ausnahme der in § 2, 3 erwähnten, sind an den Reichskommissar für die Kohlenverteilung, Berlin, zu richten.

## § 13. Strafen.

Zu widerhandlungen gegen diese Verordnung werden nach der eingangs erwähnten Bestimmung des § 7 der Bekanntmachung vom 28. Februar 1917 mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Brennstoffe erkannt werden, auf die sich die Zu widerhandlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

## § 14. Inkrafttreten.

Diese Bekanntmachung tritt am 1. November 1917 in Kraft.

Berlin, Oktober 1917.

**Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung.**

## Bekanntmachung

**der Reichsbekleidungsstelle über neue Bezugsscheinvordrucke (A", B").**

Vom 13. Oktober 1917.

Auf Grund des § 2 der Bundesratsverordnung über Befugnisse der Reichsbekleidungsstelle vom 22. März 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 257) sowie von § 12 Abs. 2 der Bundesratsverordnung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren vom 10. Juni/23. Dezember 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1420) wird folgendes bestimmt:

### § 1.

An Stelle der bisherigen Bezugsscheinvordrucke A I und B I treten neue Vordrucke A II und B II, die in Nr. 36 der Mitteilungen der Reichsbekleidungsstelle (zu beziehen von der Prähabteilung der Reichsbekleidungsstelle, Berlin W. 50, Nürnberger Platz 1, gegen Voreinsendung von 30 Pfg.) abgedruckt sind.

Die Bezugsscheine A II und B II sind nur innerhalb zweier Monate, vom Tage der Ausfertigung ab gerechnet, gültig.

### § 2.

Die Bezugsscheinvordrucke A I, B I sind aufzubreuchen. Ihr Neu- bzw. Nachdruck ist verboten.

Der erste Bedarf an Bezugsscheinvordrucken A II, B II nur zur Verwendung für die Bezugsschein-Erteilung gegen Abgabebescheinigung — vergl. § 3 Abs. 1 und § 5 Abs. 2 der Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle über die Erteilung von Bezugsscheinen bei Abgabe gebrauchter Kleidung und Wäsche vom 13. Oktober 1917 (Reichsanzeiger Nr. 244) — geht den Kommunalverbänden ohne Bestellung zu. Der weitere Bedarf an diesen Bezugsscheinvordrucken A II, B II ist auf dem den Kommunalverbänden gleichzeitig zugehenden Bestellschein Nr. 466 bei der Reichsbekleidungsstelle Druckverwaltungsamt, Berlin W. 50, Nürnberger Platz 1, zu bestellen; Bestellungen, die nicht auf dem vorgeschriebenen Bestellschein eingehen, werden nicht berücksichtigt.

### § 3.

§ 4 der Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle über neue Bezugsscheine vom 20. Februar 1917 (Reichsanzeiger Nr. 49) bleibt nur für die noch aufzubreuchenden Bezugsscheinvordrucke A I und B I in Kraft. Jedoch wird die unter h) dieses § 4 und in § 1 letzter Absatz vorerwähnte Bekanntmachung auf einen Monat festgesetzte Gültigkeitsdauer der Bezugsscheine A I und B I auf zwei Monate, vom Tage der Ausfertigung ab gerechnet, verlängert. Der widersprechende Ausdruck auf den Bezugsscheinen A I und B I steht der Belieferung innerhalb der verlängerten Gültigkeitsfrist durch die Gewerbetreibenden nicht entgegen.

### § 4.

Die Gewerbetreibenden dürfen Bezugsscheine A II und B II nicht annehmen,

a) wenn der Name des Antragstellers nicht angegeben ist,

b) wenn Zahlen bei dem Gegenstand nicht in Buchstaben, sondern in Ziffern aufgeschrieben sind,

c) wenn sie für mehr als eine Person ausgestellt sind,

d) wenn sie auf mehr als eine Warenart lauten,

e) wenn der Ausfertigungsvermerk nicht mit Stempel sowie Ort und Datum (soweit diese nicht deutlich aus dem Stempel miterkennlich) der ausfertigenden Behörde und Unterschrift des mit der Ausfertigung beauftragten Beamten bzw. Angestellten oder mit dessen Unterschrift-Stempel nebst seinem von ihm handschriftlich beigefügten Namenszeichen (Signum) versehen ist,

f) wenn auf ihnen die Angaben über den Gegenstand irgendwie geändert sind, es sei denn, daß für eine größere oder geringere Menge oder anstelle in Ziffern geschriebener Angabe die gleiche Angabe in Buchstaben unter Beidruck des Stempels der ausfertigenden Stelle geändert ist,

g) wenn durch sonstige Veränderungen der Verdacht einer Ueberschuldung oder einer mißbräuchlichen Verwendung des Bezugsscheines begründet ist,

h) wenn die zweimonatige Gültigkeitsdauer des Bezugsscheines abgelaufen ist.

### § 5.

Die nach § 16 der Bundesratsverordnung vom 10. Juni/23. Dezember 1916 zuständigen Behörden haben die Gewerbetreibenden wegen Beachtung des in § 4 vorliegender Bekanntmachung enthaltenen Verbotes zu überwachen.

### § 6.

Den Gewerbetreibenden ist verboten, einen andern als den durch die Ausfertigungsstellen bewilligten Gegenstand auf den Bezugsschein abzugeben (z. B. ist unzulässig die Abgabe von Stoffen an Stelle eines bewilligten fertigen Stückes oder umgekehrt).

### § 7.

Die Ausfertigungsstellen haben Bezugsscheinvordrucke zurückzuweisen, auf denen Durchstreichungen, Verbesserungen und dergleichen entgegen den auf den Bezugsscheinen abgedruckten Bestimmungen vorgenommen sind oder auf denen die vorgeschriebenen Antragspalten nicht vorschriftsmäßig oder entgegen den auf den Bezugsscheinen abgedruckten Bestimmungen ausgefüllt sind.

### § 8.

Zu widerhandlungen gegen § 2 Absatz 1 Satz 2, § 4 und § 6 dieser Bekanntmachung werden auf Grund von § 3 Absatz 1 Ziffer 1 der Bundesratsverordnung über Befugnisse der Reichsbekleidungsstelle vom 22. März 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 257) bestraft. Bei Zu widerhandlungen gegen § 2 Absatz 1 Satz 2 ist daneben die Einziehung der Bezugsscheine zu erwarten.

### § 9.

Diese Bekanntmachung tritt am 13. Oktober 1917 in Kraft.

Berlin, den 13. Oktober 1917.

**Reichsbekleidungsstelle**

Geheimer Rat Dr. Beutler

Reichskommissar für bürgerliche Kleidung.

J.-Nr. II. 11 172.

Diez, den 22. Oktober 1917.

Die Magistrate der Städte Diez, Bad Ems und Nassau und die Herren Bürgermeister der Landgemeinden erlaube ich, die vorstehende Bekanntmachung in geeigneter Weise zur Kenntnis der Ortseinswohner zu bringen, und insbesondere die Geschäftsleute auf die für sie in Betracht kommenden Bestimmungen der Bekanntmachung aufmerksam zu machen.

Die Bezugsschein-Ausfertigungsstellen mache ich auf folgendes besonders aufmerksam:

1. Die Gültigkeitsdauer der Bezugsscheine A I, für die jetzt neue Vordrucke A II herausgegeben worden sind, ist von einem Monat auf zwei Monate erhöht worden. Das gilt auch für die bereits ausgestellten Bezugsscheine A I, soweit seit ihrem Ausstellungstage bis zum 13. Oktober d. Js. noch nicht zwei Monate verstrichen sind.



Die Bezugsschein-Bordrucke A I sind aufzuheben. Der erste Bedarf an Bezugsschein-Bordrucken A II geht den Bezugsschein-Ausfertigungsstellen nach Eingang von der Reichsbelleidungsstelle von hieraus zu. Der weitere Bedarf an diesen Bezugsschein-Bordrucken ist bei mir schriftlich anzufordern.

3. Die neuen Bezugsschein-Bordrucke A II sind auf Seite 172 der Amtlichen Mitteilungen der Reichsbelleidungsstelle Nr. 36 vom 13. Oktober d. Js. abgedruckt.

4. Die Bezugsschein-Bordrucke B II kommen für den Kreis Unterlahn nicht in Betracht.

Der Landrat.  
Duderstadt.

### Bekanntmachung

über Höchstpreise für Herbstrüben (Stoppelrüben, Wasserrüben).

Auf Grund des § 4 der Verordnung über Gemüse, Obst und Süßfrüchte vom 3. April 1917 (Reichs-Gesetzblatt S. 307) wird bestimmt:

Der Preis für Herbstrüben (Stoppelrüben, Wasserrüben) darf beim Verkauf durch den Erzeuger 1,50 Mark je Zentner nicht übersteigen.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 27. Oktober 1917.

Reichsstelle für Gemüse und Ob.

Der Vorsitzende: (gez.) von Tili

Nr. 516 B. B. Diez, den 31. Oktober 1917.

### Bekanntmachung.

Die Ausgabe von Zucker für den Monat November wird sich infolge langamer Waggongestellung noch verzögern.

Nummernabschnitte 12 der alten Zuckerkarten können weiter noch so lange eingelöst werden, bis dieselben für ungültig erklärt sind.

Wir eruchen die Herren Bürgermeister der Gemeinden, in denen noch Personen mit nicht eingelösten Nummernabschnitten 12 vorhanden sind, uns hiervon unter möglichster Angabe der Personenzahl baldigst Mitteilung zu machen, damit wir angeben können, wo der Zucker abgeholt werden kann.

Kreis-Zuckerstelle.

### Nichtamtlicher Teil

**Beschränkung des Schweinehandels.** Auf Grund der Verordnung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamtes vom 2. Oktober d. Js. darf seit dem 15. Oktober die Veräußerung von Schweinen mit einem Lebendgewicht von über 25 kg., auch wenn es sich nicht um Schlachtschweine handelt, im Regierungsbezirk Wiesbaden nur noch an die Kreisammestelle des Viehhandelsverbandes erfolgen. Im Falle der anderweitigen Veräußerung machen sich sowohl der Veräußerer als der Erwerber strafbar. Ausnahmen zur Veräußerung an einen anderen Erwerber als den Viehhandelsverband können nur für hochwertige wirkliche Zuchtschweine und für Füttererschweine an Selbstversorger zugelassen werden und bedürfen der schriftlichen Genehmigung des Landrats — in Stadtkreisen des Magistrats — desjenigen Kreises, in welchem sich die Schweine, deren Veräußerung beabsichtigt ist, befinden. Füttererschweine zur Wintermast an Selbstversorger dürfen nicht über den gesetzlichen Höchstpreis für Schlachtschweine veräußert werden.

### Deutschland.

WTB. Berlin, 30. Okt. Die Kommission zur Nachprüfung der Kriegslieferungsverträge trat

heute um 11 Uhr im Reichstagsgebäude unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Dr. Schaub zu einer Sitzung zusammen. Anstelle des Mitgliedes des Reichstages Weilmörs ist der Abgeordnete Arnstadt in die Kommission berufen worden. Verschiedene aus der Mitte der Kommission gestellte Anfragen wurden zunächst von Vertretern des Kriegsministeriums beantwortet. Sodann gab ein Vertreter des Kriegsministeriums Auskunft über die Pferdebeschaffung für das Heer. Von verschiedenen Mitgliedern der Kommission wurde nähere Auskunft über den Ankauf von Pferden erbeten und außerdem dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß Aushebungen nach Möglichkeit unterbleiben möchten. Weitere Vorträge betrafen die Beschaffung der Rundblick-Fernrohre und der Veterinär-Geräte und Tierimpfstoffe. Sodann wurde Mitteilung über die auf dem Gebiete des Gefangenentwesens abgeschlossenen Verträge gemacht. Dabei wurde insbesondere auch auf die Beschäftigung der Gefangenen und die Beschaffung der Gefangenenkost eingegangen.

### Die Lage in Spanien.

WTB. Madrid, 29. Okt. Verspätet eingetroffen. Junkspruch des Wiener A. K. Telegraphen-Korrespondenzbüros. Laut Blättermeldungen äußerte der frühere Kriegsminister Primo de Ribera entgegen den Erklärungen des Ministerpräsidenten, daß sein Ausscheiden aus dem Kabinete keineswegs aus Gesundheitsrücksichten erfolge, sondern weil das Vorgehen der Offiziere der Verteidigungsliga in Widerspruch mit seinen Überzeugungen stehe und auf Seiten der genannten Liga seinem Wirken als Kriegsminister ein offenkundiges Mißtrauen entgegengebracht wurde. — Seit der vor wenigen Tagen erfolgten Aufhebung der Pressezensur veröffentlichten die Blätter Aufsehen erregende Schriftstücke des Militärverteidigungsausschusses, die auf die künftige Gestaltung der politischen Verhältnisse von maßgebender Bedeutung zu sein scheinen, u. a. die Stungsbeschlüsse der Hauptverteidigungsliga von Barcelona. Diese hat beschlossen, ihr feindlich gesinnte Generale über ihr Vorgehen gegenüber der Offiziersliga zur Rechenschaft zu ziehen und gegebenenfalls deren Uebertritt in den Ruhestand zu bewirken. In einem Rundschreiben vom 13. Juni wird Aufklärung gegeben über die Entstehung der Liga, ihren Wirkungskreis und ihr Streben nach Verbesserung des herrschenden Regierungssystems. In einem Manifest vom 7. September wird gegen das politische Vorgehen der Regierung sowie gegen die bestehenden Zwangsmaßnahmen, wie Kriegszustand, Aufhebung der versaffungsmäßigen Bürgschaften und Handhabung der Pressezensur, Stellung genommen.

WTB. Madrid, 30. Okt. Meldung der Agence Havas. Nach einer Besprechung mit Dato erklärte Toca, er würde sich bemühen, Mitarbeiter zu finden, um ein Kabinett der nationalen Zusammenfassung zu bilden.

WTB. Bern, 30. Okt. Pariser Blätter melden aus Madrid: Der König hatte Besprechungen mit dem Kammerpräsidenten und dem Senatspräsidenten. Dieser hat angetragen, Dato das Vertrauen zu erneuern. Dato werde die Cortes einberufen. Andernfalls würden die Liberalen wieder die Macht übernehmen. Der Kammerpräsident hält angesichts der ernsten Lage die Bildung eines Kabinetts mit einer nationalen Zusammenfassung für notwendig, dessen Vorsitz Garcia Prieto übertragen werden sollte. Der König erklärte, er werde heute noch die verschiedenen Parteiführer, darunter Maura, Romanones, Prieto und Besada Toca zu Rate ziehen. Die Freunde Datos versichern, dieser werde unter keinen Umständen das Amt als Ministerpräsident wieder übernehmen.

### Amerika.

WTB. Washington, 29. Okt. Neutermeldung. Die Lebensmittelverwaltung hat sich das Recht vorbehalten, alle für die Ausfuhr bestimmten Zuckervorräte Neutralen, die sich im Lande befinden, einzufordern. Die Ausgaben der Regierung im Oktober werden einschließlich der Anleihen an die Alliierten eine Milliarde Dollar betragen. Die durchschnittlichen täglichen Ausgaben belaufen sich auf 42 600 000 Dollar.